

Der Verfassungskonsens will gepflegt sein

Warum sind gewisse Länder arm, während andere reich sind? Eine kurze Antwort auf diese Mutter aller ökonomischen Fragen ist: Das entscheidet sich letztlich über die «Spielregeln» im jeweiligen Land. Zu diesen Spielregeln gehören ungeschriebene Regeln wie Gewohnheiten und Gebräuche ebenso wie der formelle, geschriebene Rechtsrahmen. In der Ökonomie sprechen wir auch von verschiedenen Institutionen, die zusammen einen Ordnungsrahmen schaffen.

Wenn also zum Beispiel in Nordkorea das Pro-Kopf-Einkommen über 25-mal kleiner ist als in Südkorea, dann hat das nichts mit dem nordkoreanischen Volk zu tun. Es liegt auch kaum an der geografischen Lage oder an Bodenschätzen. Es liegt an den

geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln, die in diesen beiden Ländern völlig unterschiedlich sind und zu einem völlig unterschiedlichen Ergebnis führen. Wer mehr Beispiele möchte, lese das dicke Buch «Warum Nationen scheitern» von Daron Acemoğlu und James Robinson. Nationen scheitern, wenn die Spielregeln Korruption, Günstlingswirtschaft und Faulheit fördern, anstatt Initiative, Innovationen und Investitionen zu begünstigen.

Die Schweiz ist nicht gescheitert. Unser Ordnungsrahmen hat zu Wohlstand geführt, und so haben wir mit dem 175-jährigen Bestehen unserer Verfassung etwas zu feiern. Die Verfassung ist fundamentale Basis unserer Spielregeln. Sie sagt uns nicht nur, was die wichtigsten Regeln sind. Sie

sagt uns vor allem auch, wie wir neue Regeln schaffen. Meinungen zu Sachfragen gehen auseinander, das ist normal. Von mir aus hätte das Parlament den Import von Stopflebern verbieten können. Hat es aber nicht. Trotzdem finde ich es richtig, dass diese Frage vom Parlament entschieden wurde, und nicht etwa von einem Autokraten oder von einem Kartell.

Nicht jedes Gesetz wird einem genehm sein, aber es sollte möglichst weitgehende Einigkeit darüber herrschen, nach welchen Spielregeln wir neue Spielregeln festlegen. Wirtschaftsnobelpreisträger James M. Buchanan hat dies erforscht und die Bedeutung dieses sogenannten «Verfassungskonsenses» betont. Wie nahe die Schweiz im 19. Jahrhundert mit ihrer Bundesverfassung an

einen idealen Verfassungskonsens gelangte, ist bemerkenswert. Hier, wo es doch so viele und verschiedene Minderheiten gab und gibt. Unser Vorteil dabei war und ist, dass die Trennlinien zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen immer wieder anders verlaufen. Während zum Beispiel die Grenze zwischen West- und Deutschschweiz grob von Nord nach Süd verläuft, verläuft die Trennlinie zwischen Alpen und Flachland eher von West nach Ost. Stadt und Land sowie die Konfessionen verteilen sich wieder anders, und nochmals andere Trennlinien verlaufen gar nicht geografisch. Dieses Kreuz-und-quer der Trennlinien sorgt dafür, dass viele mal zur Minderheit und mal zur Mehrheit gehören. Das fördert eine pragmatischere Herangehensweise zur Frage, nach welcher Verfassung man

Entscheide herbeiführen will. Das Glück der sich überkreuzenden Trennlinien hat essenzielle Schweizer Institutionen begünstigt: Den Föderalismus, das Zweikammersystem, die direktdemokratischen Instrumente und die soziale Marktwirtschaft.

Die Welt verändert sich und es wird in Zukunft vielleicht neue oder verschobene Trennlinien geben. Ob unsere Nachfahren in 175 Jahren wiederum freudig feiern werden? Dies hängt auch davon ab, ob wir die Verfassung mit der Zeit gehend aktuell halten können, und ob uns der Grundkonsens erhalten bleibt. Föderalismus und direkte Demokratie bieten viel und gute Gelegenheit, damit politische Grundsätze und pragmatische Lösungen zielorientiert und abwägend

verhandelt werden können. Wird diese Chance gut genutzt? Haben wir (noch) einen öffentlichen Diskurs, in dem die Ansichten und Interessen von Mehr- und Minderheiten angehört und abgewogen werden? Oder nehmen Polarisierung, Halbwahrheiten und oberflächliche Schlagworte überhand? Der Verfassungskonsens beeinflusst unseren Wohlstand fundamental, tragen wir Sorge dazu.



Christoph Hauser
Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule Luzern und Leiter des Kompetenzzentrums Management & Law.